

seit langem vor den „rollenden Zeitbomben“. Doch spürbaren Aufschwung bekam der Protest erst in jüngster Zeit durch die Strahlenkatastrophe von Tschernobyl und vor allem durch die Affäre um die kriminellen Atommüll-Verschiebungen der Hanauer Transportfirma Transnuklear (SPIEGEL 53/1987). Seit bekannt geworden ist, daß die Atomspediteure Strahlenabfall unter falschen Angaben nach Belgien verschoben hatten, steht die Branche im Ruch von Schlamperei und Skrupellosigkeit.

Während gezielte Protest-Aktionen vielerorts zum Flop gerieten, weil die Transportrouten nur schwer auszumachen sind, konnte sich der Protest an der Küste auf die Häfen konzentrieren. Durch den regen nuklearen Im- und Export sind die Umschlagplätze zuweilen wahre Atomlager. Bremerhaven etwa registrierte allein im letzten Jahr 22 Nuklearfrachten; über Hamburg wurden 1987 gut 50 leicht- und schwer-radioaktive Strahlenladungen umgeschlagen.

Rechtlich haben die Städte kaum eine Handhabe. Das Atomgesetz gibt der Bundesregierung das Recht, die Abwicklung der Transporte anzuordnen. Voraussetzung ist lediglich, daß die PTB die Strahlenladung für sicher erklärt. Mit einer auf Sicherheitsbedenken begründeten Beschwerde gegen den Transport von abgebrannten Kernbrennstäben durch ihr Stadtgebiet fiel die Stadt Lübeck, Vorreiterin der Boykott-Bewegung, vor dem Oberverwaltungsgericht Lüneburg denn auch prompt durch.

Erst nach monatelangen Protesten steckte Bundesumweltminister Töpfer in Lübeck zurück. Wegen wachsender Sicherheitsbedenken wurden die Brennelemente-Transporte im Sommer über Emden geleitet. Um die Nuklearfahrpläne seines Parteifreundes Töpfer zu retten, hatte der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht den Emshafen als Ausweichrampe angeboten.

Nach den jüngsten Protesten an der Ems gerät der bundesdeutsche Nukleartourismus nun womöglich in die Breddouille. Denn auch andere Hafenstädte sperren sich gegen die heiße Fracht.

Für die Küstenstädte in Schleswig-Holstein fordert Ministerpräsident Björn Engholm (SPD), der sich als Oppositionsführer selber in Lübeck zu den Protestlern gesell hat, daß die Transporte auf das „unvermeidbare Maß“ zurückgeschraubt werden. Um rechtliche Möglichkeiten gegen Töpfer-Weisungen zu finden, hat der sozialdemokratische Bremer Senat ein Gutachten in Auftrag gegeben.

In Hamburg bemühte Umweltsenator Jörg Kuhbier (SPD) gar das Umfeld der Autonomen-Hochburg Hafenstraße, um zumindest nicht zusätzliche Nukleart Transporte übernehmen zu müssen. „Angesichts des vorhandenen Protestpotentials“, drohte Kuhbier dem Atomminister schriftlich, sei mit „empfindlichen Störungen des Umschlagesche-

hens und der Verkehrsinfrastruktur“ zu rechnen, Töpfer solle daher von Hamburg als Umschlagplatz absehen.

Während Töpfer über zukünftige Wege der Verschiffung Schweigen bewahrt („Ich kann und will nicht sagen, über welche Häfen das laufen wird“), bleibt Albrecht stur. Er hält an Emden fest, wo gerade eine Eisenbahn-Fähre zum englischen Hafen Immingham aufgebaut wird, der, so ein Zufall, einen günstigen Schienenanschluß an die Wiederaufarbeitungsanlage Sellafield hat.

Die Manager der privaten Fährlinie, die schon vor geraumer Zeit eine Transportgenehmigung für Uranhexafluorid erhalten hat, winken jedoch ab, zumindest offiziell. „Als Liniendienst“, beteuert Prokurist Jens Wilkens, „können wir uns keine tägliche Seeschlacht erlauben.“

WACKERSDORF

Monströse Gefährlichkeit

Eine neue Riskostudie über die geplante Wackersdorfer Atommüll-Fabrik stellt das Sicherheitskonzept der Betreiber in Frage. Im Ernstfall ist ganz Europa betroffen.

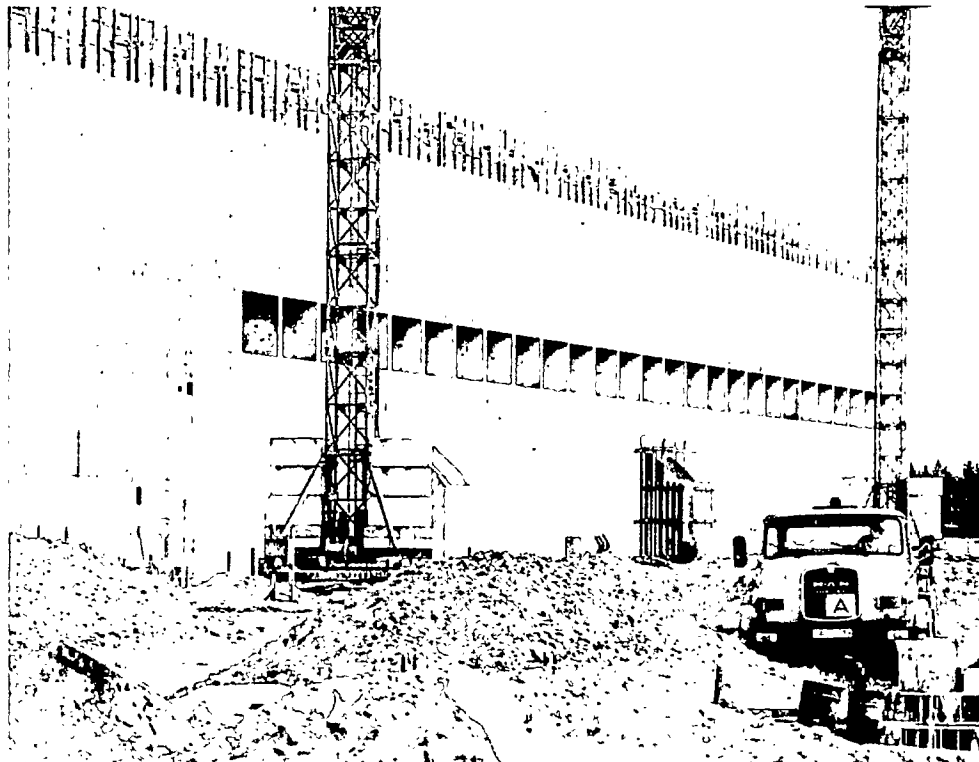
Der Hubschrauberstaffel des Bundesgrenzschutzes ist das Einsatzziel vertraut. Wo sonst CN-Gas und Spezialeinheiten der Polizei gegen verummte Kernkraftgegner abgesetzt werden, schweben demnächst Kanzler Helmut Kohl und der neue bayrische Ministerpräsident Max Streibl zur Demonstra-

tion ein. Auf dem Gelände der umstrittenen nuklearen Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) in Wackersdorf wollen sie bekräftigen: Die Atommüll-Fabrik wird von „nationaler Bedeutung“ sein.

Wackersdorf soll die Bundesrepublik im europäischen Binnenmarkt von Atommüll-Aufarbeitern im französischen La Hague oder im englischen Sellafield unabhängig machen. Bis 1991 stellt Bonn 90 Millionen Mark Ausgleichszahlungen für oberpfälzische Gemeinden bereit. Laut Streibl ist das über neun Milliarden Mark schwere Projekt ebenso wie der Umwelt- und Naturschutz ein „Herzstück konservativer Politik“.

Was passiert, wenn ein nukleares Herz versagt, zeigt die bislang unveröffentlichte WAA-Sicherheitsstudie „Restrisiko“, die von der Umweltorganisation Greenpeace in Auftrag gegeben wurde. In mehreren Szenarien rechneten die Nuklearexperten der „Gruppe Ökologie“ auf 57 Seiten „Ablauf und Folgen“ von „schweren Unfällen“ durch. Autor Helmut Hirsch ironisch: „Wiederaufarbeitung ist todsicher.“

Das Urteil fällt Hirsch nach der Lektüre des offiziellen „Sicherheitsberichtes“ der „Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen“ (DWK), die im Auftrag von zwölf deutschen Elektrizitätsversorgungsunternehmen die Atommüll-Fabrik errichtet. „Sämtliche Stör- und Unfälle“, kritisiert der Atomexperte, seien lediglich anhand einer „nach Plan funktionierenden Papieranlage“ beurteilt, in der es nur „vorschriftsmäßige Pannen“ gebe. Zur „Qualitätssicherung“ in einer der ri-



Atombaustelle Wackersdorf: „Herzstück konservativer Politik“

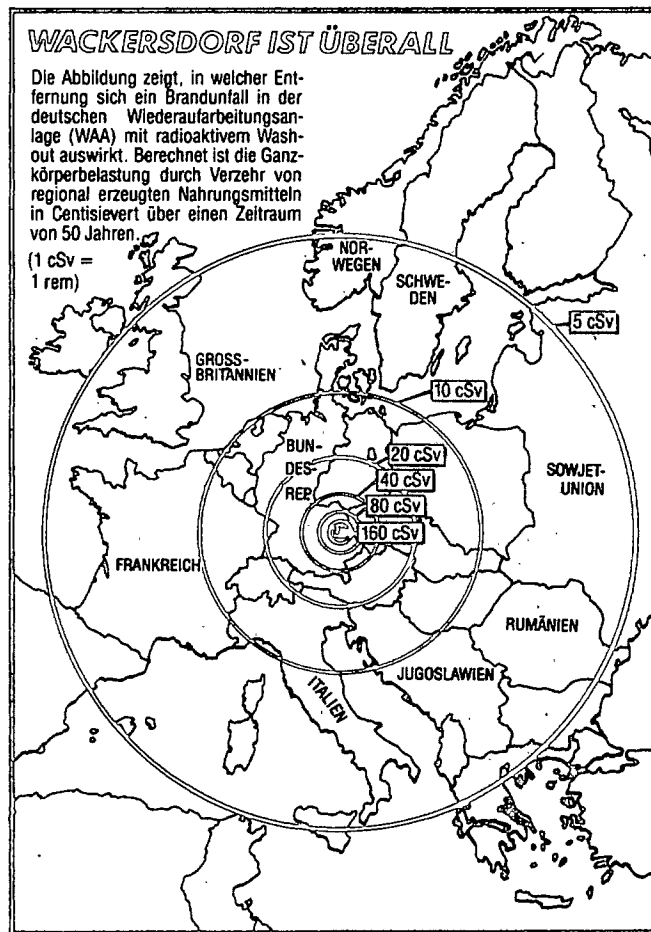
sikoreichsten Produktionsstätten seien nur „Absichtserklärungen“ zu finden.

Zwar gilt deutsche Nukleartechnik auch nach dem verlusten Störfall von Biblis als führend. Doch weltweit gibt es keine Betriebserfahrung mit einer Anlage, die auf eine Jahreskapazität von 500 Tonnen Atomwaste ausgelegt ist. Hirsch: „Die DWK-Anlage steht in einer Phantasiewelt.“ Der Störfall werde, so die Studie, in Wackersdorf der Normalfall sein:

- ▷ Das Austreten radioaktiver Lösungen in den Boden wollen die Betreiber durch gestaffelte „Sicherheits-Barrieren“ praktisch „ausschließen“. Doch schon winzige Mengen, die durch Risse im Fundament versickern können, werden in weitem Umkreis das Grundwasser verseuchen.
- ▷ Die Meßtechnik für die aufbereiteten Abwässer gilt der DWK als „perfekt und funktionssicher“. Doch bei einer Panne gelangt verseuchtes Wasser aus dem komplizierten „Purex“-Verfahren, mit dem das wiederverwendbare Plutonium vom Uran aus den abgebrannten Brennelementen getrennt wird, über den WAA-Hausbach Naab via Donau bis ins Schwarze Meer.
- ▷ Die Befestigung der jeweils 100 Siebböden zum Abtrennen des Plutoniums und des Urans wird von der DWK sowohl im Normalbetrieb als auch im Störfall als zuverlässig eingeschätzt. Doch schon die Beschädigung eines einzigen dieser Teile kann, so die Hirsch-Studie, zu einem „schweren Kritikalitätsunfall“ führen.

In der „weitgehend unerprobten“ (Hirsch) Automatisierung der Atomfabrik liegt ein zukünftiges Risiko – Wackersdorf, das Biblis des kommenden Jahrtausends? Wie in dem hessischen Kernkraftwerk bringen mögliche Bedienungsfehler der Reaktormannschaften die ganze Sicherheitsautomatik durcheinander. So waren auch für die deutsche Wiederaufarbeitungsanlage zunächst „direkte Interventionen“ durch das Reparaturpersonal geplant. Jedes Betreten der „heißen Zellen“, in denen große Mengen brennbarer, explosiver und radioaktiv strahlender Stoffe eingesetzt werden, hätte jedoch zum längeren Stillstand der teuren Anlage geführt.

Deshalb setzte die DWK auf eine neue Bauweise mit fernsteuerbaren Modulen. Folge: Um ein größeres Brandrisiko einzudämmen, muß der Sauerstoffgehalt im Inneren durch zusätzliche Stickstoff-Ga-



WAA-Befürworter Streibl
„Nationale Bedeutung“

ben vermindert werden. Genau darin liegt für die Atomkritiker ein zusätzliches Risiko: Kommt es zu einem Brand in den Zellen, die weder über Feuermelder noch Löscheinrichtungen verfügen, wird sich eine „Störung schrittweise zur Katastrophe aufschaukeln“.

Bereits bei 62 Grad kann die Verdampfung der verwendeten Chemikalien zur Explosion führen. Radioaktive Stoffe gelangen dann mit dem Abgas nach draußen. In einer dritten Phase versagen schließlich Tanks, Rohrleitungen und die mehrfachen „Sicherheitsbarrieren“ – Wackersdorf brennt durch. Nach Berechnungen der Wissenschaftler be-

deutet ein solcher Unfallablauf, daß je nach Wetterlage große Teile Europas verseucht werden und der offizielle Grenzwert von fünf Centisievert radioaktiver Strahlung überschritten wird. Bei einer „Freisetzungshöhe“ von 500 Metern erreichen dann die Nuklide aus Bayern, bei einem Bodenwind von fünf Metern pro Sekunde, die französische Hauptstadt in einem Tag. Auf einer Europakarte dokumentieren die WAA-Forscher, wie der „Fallout“ und „Washout“ der radioaktiven Wolke sich noch in 50 Jahren auswirkt. Dabei stützen sich die Wissenschaftler auf die Daten der bayrischen Genehmigungsbehörde.

Nach Ansicht des KWU-Chefs und Siemens-Vorstands Klaus Barthelt sollen solche „abwegigen“ Argumente eine „monströse Gefährlichkeit der Wiederaufarbeitungsanlage suggerieren“. Doch die Atomkritiker haben herausgefunden, daß die Betreiber teils mit „falschen Behauptungen“ operieren. So kann, nach dem - DWK-Sicherheitsbericht, auch ein für die oberpfälzische Region „maximales“

Erdbeben der Stärke sechs der Atomfabrik nichts anhaben. Im Jahre 1062 bebte jedoch die Erde im nahen Regensburg mit Stärke acht.

Ein „vernachlässigtes Risiko“ ist nach Meinung der Atomkritiker auch ein möglicher Flugzeugabsturz. So ist die Nuklear-Fabrik nach den Richtlinien der Reaktor-Sicherheitskommission auf die „Belastung“ durch einen einschlagenden Phantom-Jagdbomber ausgelegt. Unberücksichtigt bleiben andere Militärmaschinen wie die US-amerikanische F-111, die F-15 „Eagle“ oder die A-10 „Thunderbolt II“, die Anfang des Monats ein Wohngebiet von Remscheid verwüstete.

„Die Wirkungen konventioneller Waffenzuladungen“, kritisiert die Studie, „wird bei Flugzeugabstürzen nicht berücksichtigt.“ Übungsmunition, Sprengbomben, Thermit-Brandbomben, Bordmaschinengewehre oder Raketen würden die Wiederaufarbeitungsanlage jedoch so schwer beschädigen, daß es zur Freisetzung des „größten nuklearen Potentials“ in der Bundesrepublik käme. Kritiker Hirsch: „Dann gute Nacht.“

Auf ein Fazit haben die Autoren der Risikostudie verzichtet. Statt dessen weisen sie auf Auswirkungen der Tschernobyl-Katastrophe für Gesundheit, Nahrungsmittel und Landwirtschaft. „Für Zentraleuropa kommt erschwerend hinzu“, schreiben die Ökologen, „daß die WAA tausend Kilometer näher liegt.“